

# Verbandsgemeinde Hauenstein erhalten statt sie mit der VG Dahner Felsenland „freiwillig“ zu fusionieren

HAUENSTEIN. Eine neue Dynamik erfährt die Diskussion um die Kommunal- und Verwaltungsreform (KVR). Gleich aus mehreren Richtungen kommt die Forderung, die Verbandsgemeinde Hauenstein zu erhalten, statt sie mit der VG Dahner Felsenland „freiwillig“ zu fusionieren. Wird nun das Fass erneut KVR aufgemacht? Die weitere Entwicklung wird man mit Spannung verfolgen.

Zur Erinnerung: Beschlusslage ist seit dem 12. Juni 2018, eine „freiwillige“ Fusion mit der VG Dahner Felsenland inhaltlich und organisatorisch vorzubereiten. Zuvor hatte die Landesregierung der von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gewünschten Fusion mit Annweiler -Ausnahme war Hinterweidenthal, wo man sich mit ebenso überwältigender Mehrheit nach Dahn orientierte- ebenso eine klare Absage erteilt wie der sogenannten 7+1-Lösung, nach der sieben Ortsgemeinden unter das Dach der VG Annweiler schlüpfen und Hinterweidenthal sich Dahn anschließen sollte.

Jetzt also gibt es neue Entwicklungen: Bereits Ende März hat sich der Hauensteiner Prof. Dr. Peter Hofmann als „politisch interessierter, aber parteipolitisch neutraler Bürger“ in einem Schreiben an Ministerpräsidentin Malu Dreyer gewandt. „Ich möchte an Sie appellieren: Lassen Sie die Verbandsgemeinde Hauenstein in ihrem Bestand überleben. Zwingen Sie die Bürgerinnen und Bürger nicht, eine gewachsene Gemeinschaft aufzulösen“, schreibt der Mediziner.

Zuvor hatte er beschrieben, dass sich die Gemeinde „durch kluge und weitsichtige Entscheidungen trotz aller wirtschaftlichen Aufstiege und Niedergänge zu ihrer heutigen Stärke entwickelt“ habe. Hauenstein sei „zwar kleinste Verbandsgemeinde, aber die mit der stärksten Wirtschafts- und Finanzkraft innerhalb des Kreises Südwestpfalz“. Nun hätten die Menschen den Eindruck, dass sich die Politik „anschickt, diese Erfolgsgeschichte zu zerstören“. Die Auflösung dieser „blühenden Einheit im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform bedeute „das Ende der über hundertjährigen Erfolgsgeschichte“.

Die „weit überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger“ habe sich bei für den Erhalt der Verbandsgemeinde ausgesprochen und damit gegen „eine politisch gewollte Veränderung“ votiert. Hofmann macht als Folge der Mainzer Entscheidungen in der Bevölkerung einen „Zukunftspessimismus“ aus, der als „Zukunftsoption nur noch das Ende aller positiven Entwicklungen“ sehe. Das führe zu „Streit bis tief in die Familien hinein. Freundschaften zerbrechen und Enttäuschung über politische Mandatsträger auf allen Ebenen macht sich breit. Damit beginnt der menschliche und soziale Zusammenhalt in unseren Gemeinden zu bröckeln.“

Im Gespräch mit der Rheinpfalz begründete Peter Hofmann, der auf der Liste der FDP für den Verbandsgemeinderat kandidiert, seine Motivation zu dem Schreiben an Malu Dreyer auch mit der „Sorge um die Zukunft unserer Enkelkinder“. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die jüngst veröffentlichte Studie „Die demografische Lage der Nation“, nach der die ostdeutschen Regionen inzwischen besser dastehen als die Westpfalz. Und vor allem stellt er fest: „Bei allen Lösungen, die diskutiert werden, ist Hauenstein immer Verlierer und wird in vielen Bereichen an Bedeutung einbüßen. Deshalb meine Forderung, die Selbständigkeit der VG Hauenstein zu wahren.“

Mit dieser Forderung steht Peter Hofmann nicht allein, auch wenn sein Versuch, den Brief auf eine breitere Basis zu stellen, gescheitert ist: „Ich hatte die Zusage der Ortsbürgermeister und der Fraktionssprecher, dass sie den Brief mit unterschreiben.“ Diese Zusage sei aber - „aus für mich nicht nachvollziehbaren Gründen“, wie Hofmann sagt- nicht eingehalten worden.

Gleichwohl: Am Donnerstag haben sowohl die Mehrheitskoalition im Verbandsgemeinderat aus SPD, Grünen und FWG als auch die CDU-Fraktion Anträge für die am 7. Mai terminierte Sitzung des Verbandsgemeinderats publik gemacht, die das gleiche Ziel verfolgen. Im Antrag der Koalition wird von

Landesregierung und Landtag gefordert, die Fusion mit dem Dahner Felsenland „zumindest bis zum Ende der Kommunalwahlperiode 2024 auszusetzen“. Auch hier wird -wie im Schreiben Peter Hofmanns- darauf abgehoben, dass sich die „VG Hauenstein in den letzten Jahren hervorragend entwickelt (hat) und in der Lage (ist), für ihre Bürgerinnen und Bürger gute Lebensgrundlagen zu schaffen“.

Auch die CDU-Fraktion im VG-Rat fordert die Landesregierung auf, „die VG Hauenstein nicht zu einer Fusion nicht zu zwingen“. Die Begründung der CDU unter anderem: Die Mainzer Regierung habe die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, bei einer Befragung mitzubestimmen. Dies sei geschehen: „Die Bürgerinnen und Bürger haben eine Fusion mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.“ Die CDU fordert, „bis auf weiteres, mindestens jedoch für die Dauer der Kommunalperiode 2019-2024, von einer Fusionsverpflichtung abzusehen und die VG Hauenstein zu erhalten.“

Peter Hofmann hatte die Ministerpräsidentin um eine Antwort oder um eine Gesprächsmöglichkeit gebeten. Post aus Mainz hat er bisher noch nicht erhalten. (ran)